

# Politischer Jahresbericht

## Israel 2006/2007



## Israel

Büro Tel Aviv Juli 2006-Juni 2007

Jörn Böhme

Heinrich-Böll-Stiftung  
Büro Israel  
Leitung: Jörn Böhme  
Nahalat Binyamin 24  
Tel Aviv 65162, Israel  
T: +972-3-51 677 34/35  
F: +972-3-51 67 689  
E-Mail: hbstl@boell.org.il  
Homepage: www.boell.org.il

### Inhalt

Zusammenfassung .....	2
1. Israel in der Region.....	3
2. Innenpolitische Entwicklungen in Israel .....	8
Ausblick.....	14

## Zusammenfassung<sup>1</sup>

Im Gegensatz zu weitverbreiteten Befürchtungen ist es in diesem Sommer nicht zu einem weiteren Krieg gekommen. Nach dem Libanon-Krieg des letzten Sommers sind offensichtlich weder Syrien, die libanesische *Hizbollah*, noch Israel an einer bewaffneten Auseinandersetzung interessiert.

Israel hat mit massiven innenpolitischen Problemen zu kämpfen. Für einen großen Teil der Israelis stellt sich der **Zustand der eigenen Gesellschaft** bedrohlicher dar, als der **Konflikt mit den Palästinensern** und die **zwischenstaatlichen Konflikte** mit einzelnen Nachbarstaaten. Die Mehrheit der Bevölkerung hält diese Konflikte grundsätzlich oder wenigstens auf absehbare Zeit für nicht regelbar. Die Fortführung einer konsequenten Trennungspolitik zwischen der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft hat zu einer Verbreitung der Auffassung beigetragen, die Palästinenser sollten sich in ihren Gebieten um ihre Angelegenheiten kümmern und die Israelis sich in Israel um ihre Eigenen.

In Israel hat das **Vertrauen in Regierung, Parlament und andere staatliche Institutionen** einen Tiefpunkt erreicht. Zahlreiche Korruptionfälle haben dazu ebenso beigetragen, wie die Verurteilung eines Ministers wegen sexueller Belästigung und der Skandal um den ehemaligen Staatspräsidenten, dem sexuelle Belästigung und Vergewaltigung vorgeworfen werden. Der Libanon-Krieg vom Sommer 2006 hat entscheidenden Anteil an diesem Vertrauensverlust. Nach dem Krieg setzte die Regierung eine Kommission zur Untersuchung des Krieges ein. Im Zwischenbericht wurde das Handeln der Regierung heftig kritisiert.

Eine Reihe von politischen Akteuren sieht nach dem Ende der palästinensischen Einheitsregierung eine Kehrtwende im **israelisch-palästinensischen Konfliktgeschehen**. Nachdem man auf israelischer Seite jahrelang keinen ernsthaften Partner auf der anderen Seite sah, werden nun in Präsident *Abbas* und Ministerpräsident *Fayyad* Partner gesehen. Von neuen und alten Friedensinitiativen ist die Rede und eine Konferenz in den USA ist geplant. Ob dies allerdings zu einer nachhaltigen Stabilisierung der komplexen und unberechenbar scheinenden israelisch-palästinensischen Beziehungen führen wird, darf bezweifelt werden. Auf israelischer Seite sind bislang nicht wirklich ernsthafte Bestrebungen zu erkennen, wesentliche Elemente der bisherigen Besatzungspolitik tatsächlich aufgeben zu wollen. Im Umgang mit der *Hamas* gibt es sowohl in Israel, der internationalen Gemeinschaft, wie auch auf Seiten der palästinensischen Fatah kein Umdenken. Die Hamas wird nicht als ein Faktor in der palästinensischen Gesellschaft erkannt, den man weder militärisch, noch durch einen Boykott zum Verschwinden bringen wird.

In Israel stehen sich widersprüchliche Entwicklungen gegenüber. Die israelische Regierung kämpft um ihr Überleben und zahlreiche Minister sind dafür bereit, bilateral als auch multilaterale Verhandlungen zu führen. Dies war jahrelang mit dem Hinweis auf fehlende Partner ein Tabu. Umfragen in den letzten Jahren zeigten zwar, dass die Mehrheit der israelischen Bevölkerung bereit war für Verhandlungen. Heute sieht der Großteil der Bevölkerung angesichts der Spaltungen in der palästinensischen Gesellschaft und des andauernden Beschusses des Südens Israels durch Qassam-Raketen vorerst jedoch keine Erfolgchancen für Verhandlungen.

Im Hinblick auf den Konflikt mit **Syrien** spricht sich weiterhin eine konstante Mehrheit in der israelischen Bevölkerung gegen die Rückgabe der Golan-Höhen aus.

In dieser Situation müsste eine Regierung der eigenen Bevölkerung glaubhaft erklären können, warum eine Beendigung der Besatzung der palästinensischen Gebiete, sowie eine Rückgabe des Golan an Syrien trotz aller damit verbundenen innerisraelischen Konflikte, im Interesse einer nachhaltigen und gesicherten Existenz des Staates Israel liegt. Dazu fehlt es dieser Regierung jedoch bislang an Kraft und zum Teil auch am politischen Willen.

Zusammen mit der widersprüchlichen Politik Syriens und der Unklarheit über die weitere Entwicklung der Beziehungen zwischen der internationalen Gemeinschaft und dem Iran sind somit alle Voraussetzungen gegeben, dass die Lage weiterhin angespannt bleibt. Eine Verschärfung der Situation kann nicht ausgeschlossen werden.

---

<sup>1</sup> Entsprechend der geografischen Zuständigkeit des Büros Tel Aviv für Israel, konzentriert sich der Bericht vor allem auf die Entwicklung Israels. Zusätzliche Informationen zur Entwicklung im Nahen Osten sind in den Berichten der Büros Ramallah und Beirut enthalten.

## 1. Israel in der Region

### 1.1 Der Libanon-Krieg 2006

Das herausragende Ereignis für die Entwicklung Israels seit Mitte des vergangenen Jahres war der so genannte **zweite Libanon-Krieg** im Sommer 2006. Im offiziellen Sprachgebrauch wurde in Israel lange Zeit nicht von Krieg, sondern von „Aktion“ gesprochen. Erst die Verwandten von getöteten Soldaten erreichten, dass der Krieg beim Namen genannt wurde. Inzwischen ist bekannt geworden, dass auch die *Hizbollah* nicht mit einer so heftigen Reaktion von Seiten Israels gerechnet hatte.



Straßenschild in der Negev-Wüste

Foto: Maud Meinel

Im Gegensatz zu den meisten anderen Nahostkriegen, an denen Israel beteiligt war, zeichnete sich der zweite Libanon-Krieg durch die Kombination zweier spezifischer Faktoren aus. Zum einen durch seine Dauer (33 Tage) und den Umstand, dass in erheblichem Maße israelisches Territorium und die dort lebenden Menschen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Die Opferzahlen fielen asymmetrisch aus und das gleiche galt für den materiell angerichteten Schaden. Der Verlauf und die Ergebnisse des Krieges führten in Israel zu nachhaltiger **Verunsicherung**. Zum ersten Mal war es einer nur mehrere tausend Kämpfer umfassenden Guerillatruppe trotz der weit überlegenen israelischen Militärstärke gelungen, Israel bis zum letzten Tag des Krieges mit Raketen zu beschießen. Neu war auch die Reichweite des Beschusses. Nicht nur die Städte im äußersten Norden Israels wurden beschossen, sondern auch größere Städte, die deutlich südlicher liegen, wie Haifa, Tiberias und Afula. Das öffentliche Leben in den betroffenen Gebieten kam vielfach zum Erliegen.

Die wesentlichen israelischen Kriegsziele wurden nicht erreicht. Die israelische Armee konnte weder die beiden von der *Hizbollah* am 12. Juni 2006 auf israelischem Gebiet an der israelisch-libanesischen Grenze entführten Soldaten befreien, noch die *Hizbollah* zerschlagen oder auch nur entscheidend schwächen. Das Ziel, die israelische Ab-

schreckungsfähigkeit wieder herzustellen, wurde ebenfalls nicht erreicht.

Die Einschätzung führender Militärs, der Konflikt sei innerhalb weniger Tage durch die Bombardierung von *Hizbollah*-Stellungen zu Gunsten von Israel zu entscheiden, erwies sich als die eklatante Fehleinschätzung eines Generalstabchefs, der zuvor Chef der israelischen Luftwaffe war. Die Regierung verwies in ihrem Versuch, Erfolge des Krieges zu benennen, auf die Zerstörung von Raketen, die Tel Aviv und Gebiete im Süden Israels hätten erreichen können. Als weiterer Erfolg wurden das ausgeweitete Mandat, sowie die personelle Verstärkung der **UNIFIL-Truppen** genannt. Tatsächlich war Letzteres ein überraschendes Argument, denn die zuvor im Libanon stationierten *UNIFIL-Truppen* wurden in Israel im Allgemeinen als völlig uneffektiv und inkompetent eingeschätzt. Dass sich die israelische Regierung auf diesen Aspekt der UN-Resolution zur Beendigung des Krieges einließ, deutet eher auf die Ratlosigkeit in dem nicht enden wollenden und militärisch nicht lösbaren Konflikt hin.

Der Krieg wurde mit zunehmender Dauer immer unpopulärer, da weder das Militär noch die Gesellschaft darauf vorbereitet waren und die Ziele nicht erreicht wurden. Der Einsatz von Bodentruppen war – nicht zuletzt aufgrund der Erfahrungen im ersten Libanon-Krieg von 1982/83 – umstritten. Die Bodentruppen, die eingesetzt wurden, stellten in ihren Panzern einfache Ziele für die panzerbrechenden Waffen der *Hizbollah* dar. Die **israelischen Soldaten** wurden zum Teil schlecht versorgt, waren mit widersprüchlichen Befehlen konfrontiert und standen hoch motivierten *Hizbollah*-Kämpfern gegenüber. In den letzten Tagen des Krieges, als in der UN in New York die Verhandlungen über die den Krieg beendende Resolution des UN-Sicherheitsrates stattfanden, entschied das israelische Kabinett den Einsatz von Bodentruppen. Allein bei diesem – sehr umstrittenen – Einsatz kamen 33 israelische Soldaten ums Leben. Ministerpräsident *Olmert* begründete den Einsatz der Bodentruppen damit, dass so Änderungen der UN-Resolution zu Israels Gunsten erfolgt seien. Der damalige US-amerikanische UN-Botschafter *Negroponte* hat diese Behauptung zurückgewiesen.

In vielen Analysen wurde außerdem darauf verwiesen, dass der israelischen Armee das „richtige“ Training für eine solche militärische Auseinandersetzung fehlen würde, da sie vor allem mit der Aufrechterhaltung der Besatzung und den damit verbundenen Polizeiaufgaben in den israelisch-palästinensischen Konflikt eingebunden sei.

Die so genannte **Homefront** erwies sich in doppelter Weise nicht auf einen solchen Konflikt vorbereitet. Es gab keine ausreichenden und funktionierenden Schutzräume für die betroffene Bevölkerung. Zudem wurde im Hinblick auf die Versorgung und Evakuierung der Bevölkerung vielfach völliges Versagen bzw. die vollkommene Abwesenheit von Regierungsstellen konstatiert. Hunderttausende verließen den Norden und fanden zeitweilig bei Verwandten oder in Hotels im Zentrum oder im Süden des Landes Unterkunft. Zurückgeblieben waren die Armen, die Alten, die Behinderten und die Al-

leinstehenden. Deren Versorgung blieb faktisch karitativen und anderen Nichtregierungsorganisationen überlassen.



An vielen Häuserwänden ist die Aufschrift „Das Volk Israel lebt“ zu finden. Auf weiteren Fotos ist zu sehen, wie dieser Satz von anderen Sprayern abgeändert wird.

Foto: Maud Meinel

## 1.2 Opposition gegen den Krieg.

Die Opposition gegen den Krieg war zu Beginn äußerst gering. Zu eindeutig und heftig erschien die Grenzverletzung durch die *Hizbollah*, in deren Folge zwei israelische Soldaten entführt und acht getötet worden waren. Für die Mehrheit war eine deutliche Reaktion der israelischen Regierung notwendig. Demonstrationen gegen den Krieg gab es nur von kleineren, radikaleren Gruppen sowie von Parteien und Gruppen der arabisch-palästinensischen Bevölkerung Israels. Diesen Demonstrationen schlossen sich vereinzelt auch Vertreter der Friedensgruppe *Peace Now* und der linksliberalen Partei *Meretz* an. *Peace Now* und *Meretz* insgesamt rechtfertigten den Krieg bei Kritik an einzelnen Aspekten zunächst grundsätzlich und schlossen sich dem Protest erst an, als in den letzten Tagen des Krieges Israel mit der Bodenoffensive begann.

Unmittelbar nach Ende des Krieges war die Empörung lautstark und sichtbar. Allerdings war der Protest eine Mischung aus sehr unterschiedlichen Motivationen und Interessenlagen. Die Mehrheit kritisierte letztlich nur die Kriegsführung, stellte die Legitimation und Notwendigkeit des Krieges aber nicht infrage. Nur eine kleine Minderheit protestierte gegen den Krieg an sich. Ein herausragendes Ereignis war die jährliche Kundgebung aus Anlass des Jahrestages der Ermordung von *Yitzhak Rabin*. Die Veranstalter hatten angesichts der Ereignisse entschieden, keinen Politiker auftreten zu lassen. Stattdessen hielt der Schriftsteller *David Grossman*, dessen Sohn in den letzten Tagen des zweiten Libanon-Krieges getötet wurde, eine viel beachtete Rede. Darin kritisierte er die politische und militärische Führung als unglaubwürdig und hohl. Ein Teil des Protestes richtete sich gegen die von der Regierung selbst eingesetzte Kommission. Diese wurde nach dessen Vorsitzenden, dem ehemaligen Obersten Richter *Eliyahu Winograd* benannt, weil diese über wesentlich weniger Rechte verfügte, als eine unabhängige Kommission, die vom Obersten Gericht ernannt hätte werden können.

Als die **Winograd-Kommission** Ende April 2007 ihren Zwischenbericht vorlegte, war ihre mangelnde Unabhängigkeit aber kein Thema mehr. Der Bericht fiel für die Regierung noch vernichtender aus, als im Vorfeld vermutet worden war. *Ehud Olmert* wurde schwerwiegendes Versagen vorgeworfen. Weitere Vorwürfe an *Olmert*, Verteidigungsminister *Amir Peretz* und Generalstabschef *Dan Halutz* lauteten: Unbedachtheit, mangelnde Prüfung von alternativen Handlungsmöglichkeiten sowie mangelnde Berücksichtigung der Gefahren für Israel durch vom Libanon abgeschossene Raketen. Der **Zwischenbericht** löste einen Sturm der Entrüstung aus und bis in die Regierung hinein wurde der Rücktritt von Ministerpräsident *Olmert* gefordert. Der jedoch saß die Angelegenheit aus, verwies auf vermeintliche Erfolge des Libanon-Krieges und betonte, er habe jetzt die Aufgabe, die Empfehlungen der *Winograd-Kommission* umzusetzen.

Gestärkt wurde *Olmert* u.a. durch das Verhalten der beliebten Außenministerin *Tzipi Livni*, die zwar seinen Rücktritt forderte, selbst aber keinerlei Rücktrittsabsichten bekundete. Am Ende führte der Zwischenbericht der *Winograd-Kommission* zu keinen unmittelbaren personellen Konsequenzen. Generalstabschef *Halutz* war bereits Mitte Januar 2007 zurückgetreten. Verteidigungsminister *Amir Peretz* wiederum trat erst nach seiner Niederlage bei den Wahlen zum Parteivorsitzenden im Juni 2007 zurück. Der Abschlussbericht der *Winograd-Kommission* war zunächst für August 2007 angekündigt worden. Damit verbanden sich vielfältige Spekulationen über einen Rücktritt von Ministerpräsident *Olmert*. Inzwischen ist jedoch offen, ob der Bericht möglicherweise erst zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlicht wird, was ihm seine Sprengkraft nehmen könnte. Als eine von der Regierung ernannte Kommission ist die *Winograd-Kommission* nicht verpflichtet, diejenigen Personen, die in dem Endbericht kritisiert werden, davon vor der Veröffentlichung zu informieren und ihnen möglicherweise die Gelegenheit einzuräumen, erneut angehört zu werden. Gegen diese Regelung wurde geklagt und nun liegt die Angelegenheit beim Obersten Gerichtshof.

Heftige Kritik gab es sowohl in der internationalen als auch in der israelischen Presse an dem Einsatz von **Streubomben** durch das israelische Militär. Die israelischen Medien enthüllten zudem, dass die eingesetzten Streubomben US-amerikanischen Ursprungs waren, bei denen ein hoher Prozentsatz nicht explodiert war und nun als Blindgänger, eine weitere Gefahr für die Bevölkerung im Libanon darstellt.

Ein Jahr nach dem Libanon-Krieg sieht die Mehrheit der israelischen Bevölkerung den Krieg zwar als gerechtfertigt, aber schlecht vorbereitet und falsch geführt an. Ein Teil der Politiker und der Kommentatoren sieht dies ähnlich. Zunehmend sind aber auch Stimmen laut geworden, die die Frage stellen, ob es nicht andere und erfolgversprechendere Alternativen des Vorgehens gegeben hätte.

Im Grenzgebiet des Südlibanons scheint die Lage einigermaßen stabil zu sein. Trotz des von ihr als Erfolg gefeierten Verlaufes des Libanon-Krieges hatte die *Hizbollah* eingestandenmaßen die israelische Reaktion völlig falsch eingeschätzt. Insofern dürfte sie trotz der Wiederaufrüstung, die sie betreibt, vorerst kein Interesse an einer militärischen Eskalation haben. Die *UNIFIL-Truppen* machen eine im Rahmen des Möglichen erfolgreiche Arbeit. Die u.a. von Bündnis

90/Die Grünen geforderte politisch-diplomatische Initiative der Truppenstellerstaaten ist allerdings bislang ausgeblieben.



Das Volk Israel lebt – Das Volk Israel sind Soldaten  
Foto: Maud Meinel

### 1.3 Syrien – Iran – Hizbollah

Der syrische Präsident *Bashar Assad* hatte auf verschiedenen Wegen mehrfach erklärt, er sei an einer Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Israel interessiert. Der Preis hierfür ist bekannt: die **Rückgabe der Golan-Höhen**. Allerdings waren die Signale widersprüchlich, denn gleichzeitig wurde die Überlegung geäußert, Syrien müsse möglicherweise militärisch handeln, wenn die Golan-Höhen auf diplomatischem Weg nicht zurück zu bekommen wären. Die Befürworter von Verhandlungen verwiesen auf die große Bedeutung die ein erfolgreiches Abkommen mit Syrien für eine Entschärfung der Spannungen in der Region haben könnte, da dieses Land Verbindungen zum Iran, zur *Hizbollah* und zu *Hamas* und anderen palästinensischen Gruppen unterhält und auf sie Einfluss ausübt. Während die israelische Regierung mit Verweis auf die ablehnende Haltung der US-Administration Verhandlungen ablehnte, erklärte sie später ihre Bereitschaft zu Verhandlungen. Sie knüpfte dies aber an die Vorbedingung, Syrien müsse seine Politik gegenüber dem Iran und der *Hizbollah* ändern.

Eine gewisse Aufregung bewirkte seit Mitte Januar 2007 die Meldung, dass der ehemalige Direktor des israelischen Außenministeriums, *Alon Liel*, sich zusammen mit dem syrisch-amerikanischen Geschäftsmann *Ibrahim Suleiman* unter Vermittlung eines schweizerischen Diplomaten mit Vertretern der syrischen Regierung getroffen hatte. Dabei waren **Überlegungen zu einem möglichen Friedensabkommen** angestellt worden, das u.a. einen Naturpark in einer Pufferzone an den Golanhöhen vorsah. Die Angelegenheit bekam zusätzliche Bedeutung als beide im April 2007 auf Initiative der Fraktionsvorsitzenden von *Meretz*, *Zehava Gal'on*, zu einer Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in das israelische Parlament eingeladen wurden. Diese Einladung wurde allerdings durch eine Einladung eines Likud-Abgeordneten an den in den USA lebenden Vorsitzenden der Syrischen Reformpartei „ausgeglichen“, der die israelische

Regierung aufforderte, sich vor einem „Regime-Wechsel“ in Damaskus nicht auf irgendwelche Verhandlungen einzulassen. Das **israelische Sicherheitsestablishment** ist in der Frage der Notwendigkeit von Verhandlungen mit dem syrischen Regime gespalten. Während die Vertreter des Armeegeheimdienstes sich für Verhandlungen aussprechen, sind Vertreter des Auslandsgeheimdienstes Mossad dagegen. Die **Mehrheit der israelischen Bevölkerung** ist gegen eine vollständige Aufgabe der Golan-Höhen. Die dort lebenden Siedler, die oft der Arbeitspartei nahe stehen, haben in der Öffentlichkeit ein wesentlich besseres Standing, als die religiös motivierten Siedler im Westjordanland. Dass viele die Golan-Höhen, die 1981 von Israel formal annektiert wurden, nicht als besetztes Gebiet ansehen, hängt auch damit zusammen, dass die nicht-jüdische Bevölkerung dort nur aus ca. 20.000 Drusen besteht.

Der Präsident des **Iran** *Achmadinejad* verkörpert für die große Mehrheit der Israelis all das Antijüdische und Antiisraelische, was sie beängstigend und verachtenswert finden. Das wurde durch die so genannte Holocaust-Konferenz unterstrichen, die im Dezember 2006 in Teheran stattfand und international denen eine Plattform bot, die die Shoah relativieren oder leugnen.

Dies und die wiederholten Äußerungen von *Achmadinejad*, der Staat Israel müsse von der Landkarte gestrichen werden sowie das Streben des Iran nach der Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen, werden in Israel mit großer Sorge gesehen. Vor allem die politische Rechte stellt dies in alarmistischer Weise und unter vielfältigen geschichtlichen Bezügen (Münchener Abkommen) dar. Nüchterner fällt die Darstellung etwa des *Institute For National Security Studies* aus. Dort vermutet man, dass der Iran wahrscheinlich – ähnlich wie Israel – in der Nuklearfrage eine Politik der mangelnden Eindeutigkeit verfolgen wird. Danach würden zwar Atomwaffen hergestellt, aber ihre Existenz würde nicht öffentlich gemacht und sie würden nicht getestet werden. Es wird vermutet, dass der Iran interessenorientiert handeln werde und dass seine Motive zur Erlangung von Nuklearwaffen defensiver Natur sind. Die Gefahr der Weitergabe von Nuklearwaffen an terroristische Organisationen wird als minimal angesehen. Angesichts der technischen Möglichkeit, dem Staat Israel im Falle der Besitzes von Atomwaffen durch den Iran, einen tödlichen Schlag zu versetzen, wird dennoch eine existenzielle Gefahr für Israel konstatiert. Obgleich ein militärischer Angriff gegen den Iran als sehr problematisch angesehen wird, sollten die Vorbereitungen auf eine solche Operation fortgesetzt werden, um den Druck gegen den Iran aufrecht zu erhalten.

Die große Mehrheit der jüdischen Israelis und immerhin knapp über die Hälfte der arabisch-palästinensischen Israelis sehen in dem Versuch der iranischen Regierung, die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen zu erlangen, eine existentielle Gefahr für den Staat Israel. Knapp die Hälfte der jüdischen Israelis plädiert in einer Umfrage gegebenenfalls für eine Bombardierung der iranischen Nukleareinrichtungen, auch wenn Israel dies allein tun müsste.

### 1.4 Arabische Friedensinitiative

Auf dem Treffen der **Arabischen Liga** Ende März 2007 wurde die so genannte Arabische Friedensinitiative bekräftigt, die Israel die volle Normalisierung der Beziehungen zu den Mitgliedsstaaten der Arabischen Liga in Aussicht stellt. Bedingungen sind der Rückzug

auf die Grenzen von 1967, eine gerechte vereinbarte Lösung der palästinensischen Flüchtlingsfrage sowie Akzeptanz der Gründung eines palästinensischen Staates im Westjordanland und dem Gazastreifen mit Ost-Jerusalem als Hauptstadt.

Die Arabische Liga hatte diese Initiative bereits Anfang März 2002 beschlossen. Im israelischen Diskurs ging sie unter, da etwa zeitgleich ein verheerender Selbstmordanschlag am Sederabend vor dem Pessachfest verübt wurde, dem eine massive israelische Militärintervention im Westjordanland folgte. Im Gegensatz zu den *Scharon-Regierungen* sah sich die Regierung *Olmert* veranlasst, vorsichtig positiv auf den Vorschlag zu reagieren. Unklar bleibt aber einweilen, wie ernsthaft diese Reaktionen sind. Einige israelische Friedensgruppen versuchen - zum Teil mit Unterstützung der *Heinrich-Böll-Stiftung* - den in der israelischen Bevölkerung weitgehend unbekanntem Inhalt der Initiative bekannt zu machen. Verschiedene Beobachter betonen die Bedeutung der Initiative der Arabischen Liga auch angesichts der Entwicklungen in den palästinensischen Gebieten, da ihrer Meinung nach die Aussichten einer Konfliktregelung durch bilaterale Verhandlungen zu einem Ende gekommen sind. Nur eine Einbettung der israelisch-palästinensischen Verhandlungen in einen gesamtarabischen Kontext biete noch Aussicht auf Fortschritte.



Das Volk Israel lebt – mit der Besatzung

Foto: Jörn Böhme

### 1.5 Der israelisch-palästinensische Konflikt

Im Sommer 2006 eskalierte der israelisch-palästinensischen Konflikts vor allem im **Gazastreifen**. Der israelische Süden, besonders die Stadt **Sderot** und ihre Umgebung lagen unter dem Beschuss von Qassam-Raketen, während sich israelische Angriffe auf den Gazastreifen konzentrierten. Einen Höhepunkt erreichte die Eskalation Anfang November 2006, als die israelische Armee bei dem Beschuss des Gazastreifens ein Haus in der Ortschaft Beit Hanun traf und dort 19 Zivilisten tötete. Daraufhin kam es zu einem brüchigen Waffenstillstand.

In der innerpalästinensischen Auseinandersetzung zwischen *Fatah* und *Hamas* setzten sich zunächst mit Hilfe der saudi-arabischen Regierung diejenigen durch, die nur in einer Kooperation zwischen *Fatah* und *Hamas* einen Erfolg versprechenden Umgang mit der innerpalästinensischen Konfliktkonstellation erkennen können. Anfang Februar 2007 einigten sich *Fatah* und *Hamas* unter Vermittlung der saudi-arabischen Regierung im so genannten **Mekka-Abkommen** auf die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit. Nach langwierigen Verhandlungen kam diese Regierung Mitte März zustande. *Hamas* hatte zwar in der Plattform der Einheitsregierung Zugeständnisse gemacht, die aber aus israelischer und westlicher Sicht nicht ausreichend waren, weil u.a. Israel von *Hamas* nach wie vor nicht anerkannt wurde. Das von der palästinensischen Seite erhoffte Ende des Boykotts blieb aus. Israelische und die meisten internationalen Vertreter waren lediglich bereit, sich mit solchen Mitgliedern der palästinensischen Regierung zu treffen, die nicht *Hamas* angehörten. Damit blieb der palästinensischen Einheitsregierung letztlich die Chance versagt, eine auch nur annähernd effektive Arbeit aufzunehmen.

Die Bildung einer Einheitsregierung änderte außerdem nichts an der Position zahlreicher *Fatah*-Vertreter, man müsse *Hamas* letztlich doch niederkämpfen. Der Beginn einer erneuten gewalttätigen Eskalation zwischen *Hamas* und *Fatah* war unter diesen Umständen nur eine Frage der Zeit. Die *Hamas* Milizen nutzten schließlich im Juni 2007 den Umstand, dass die Führungspersonlichkeiten der meisten *Fatah*-nahen Milizen nicht im Gazastreifen waren, um einem vermuteten Angriff von diesen zuvorzukommen und brachten mit zum Teil brutaler Gewalt den Gazastreifen unter ihre Kontrolle. Nach allem, was inzwischen bekannt wurde, war dieses Ergebnis so nicht geplant und für alle Beteiligten überraschend. Diese Entwicklung brachte scheinbar Dynamik in die israelisch-palästinensischen Beziehungen, weil die alten Bilder von den „bösen“, islamistischen Kräften und den „guten“, moderaten Kräften wieder stärker betont wurden und plötzlich wieder die Rede von einem Partner war.

Angesichts der Entwicklungen der vergangenen sieben Jahre ist es positiv, wenn das Mantra von dem auf palästinensischer Seite fehlenden Partner nicht mehr die politische Alltagssprache in Israel beherrscht und erneut über Friedenspläne gesprochen wird. Auch eine Konferenz, an der Vertreter Saudi Arabiens teilnehmen, hat es seit der Madrider Friedenskonferenz vom Jahr 1991 nicht mehr gegeben. Auf der anderen Seite ist jedoch – ebenfalls unter Bezug auf die Entwicklungen der vergangenen sieben Jahre – Vorsicht vor eilfertigen Optimismus geboten. Die Partei *Kadima* sowie die neue israelische Regierung war im Jahr 2006 mit dem Programm der *Convergence* angetreten, wonach ein – je nach Verhalten der palästinensischen Seite einseitiger – Rückzug aus weiteren Gebieten im Westjordanland vollzogen werden sollte. Der fortgesetzte Beschuss von israelischem Territorium mit Qassam-Raketen aus dem Gazastreifen und der Beschuss des Nordens von Israel während des zweiten Libanon-Krieges hatten dazu geführt, dass dieses Konzept in der politischen Debatte keine Rolle mehr spielte. Dreh- und Angelpunkt der Argumentation gegen einen weiteren israelischen Rückzug aus dem Westjordanland sind **Sicherheitsfragen**. Nur die Präsenz der israelischen Armee im Westjordanland verhindert nach einer weit verbreiteten Einschätzung den Beschuss von Flugzeugen, die auf dem Ben-Gurion-Flughafen landen. So erklärte Verteidigungs-

minister *Barak*, an einen weiteren israelischen Rückzug aus dem Westjordanland, sei erst nach der Installation eines effektiven Raketenabwehrsystems in etwa drei bis fünf Jahren zu denken.

Eine wesentliche Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensbedingungen der palästinensischen Bevölkerung im Westjordanland und einer nachhaltigen wirtschaftlichen Entwicklung, ist die **Ab-schaffung der Kontrollpunkte und die Ermöglichung von Bewegungsfreiheit**. Bei fast jeder Begegnung israelischer und US-amerikanischer Regierungsvertreter wiederholt sich das gleiche Ritual: die israelischen Vertreter versprechen den US-Vertretern, für die notwendigen Erleichterungen und Verbesserungen zu sorgen. In Gesprächen mit den Vertretern des Militärs und des Sicherheitsapparates ließen sie sich bisher aber jedes mal wieder davon überzeugen, dass eine solche Verbesserung nicht möglich ist. Nur ein dichtes Netz aller Kontrollpunkte verhindere Anschläge in Israel. Am Ort – on the ground – wurde deswegen bisher keine Verbesserung vollzogen.

Das nach der Machtübernahme von *Hamas* im Gazastreifen vielfach vertretene **Konzept der Trennung von Gazastreifen und Westjordanland** ist kaum realitätstauglich. Keine palästinensische Gruppe wird es sich leisten können, eine solche Trennung zu ihrer offiziellen Politik zu erklären. *Hamas* ist keinesfalls nur ein Phänomen im Gazastreifen. Vielmehr gewann *Hamas* auch in vielen Teilen des Westjordanlands die palästinensischen Parlamentswahlen vom Januar 2006.

Es stehen sich weiterhin **zwei gegensätzliche Konzepte des Umgangs mit Hamas** gegenüber. Die Mehrheit der internationalen Gemeinschaft, Israel und die Mehrheit der *Fatah* verfolgen, trotz aller bisherigen Misserfolge, weiterhin die Strategie der Isolation und manche schließen sogar eine militärische Option nicht aus. Nur eine Minderheit plädiert für eine Wiederaufnahme der Gespräche zwischen *Hamas* und *Fatah* mit dem Ziel eines erneuerten und vertieften *Mekka-Abkommens* und der Bildung einer weiteren palästinensischen Einheitsregierung. Ob und welche – möglicherweise wieder bürgerkriegsähnlichen – Auseinandersetzungen auf dem Hintergrund dieser Konstellation in den palästinensischen Gebieten bevorstehen und welche Auswirkungen diese auf die israelisch-palästinensischen Beziehungen haben werden, lässt sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht absehen.

Auf dem Hintergrund des erwähnten erweiterten Mandates der *UNIFIL-Truppen* im Libanon wurde im vergangenen Jahr zunehmend auch die **mögliche Rolle einer internationalen Friedenstruppe** hinsichtlich des israelisch-palästinensischen Konfliktes ins Gespräch gebracht. Die Rede war zunächst von einer möglichen Stationierung einer multinationalen Truppe im Gazastreifen. Allerdings hat diese Diskussion bislang wenige Konzepte mit klaren Aufgaben, Ausstattung, Kompetenzen usw. einer solchen Truppe gebracht. Die konkreten Vorstellungen darüber gehen weit auseinander. Sie reichen von der Forderung, diese Truppe müsse die *Hamas*-Milizen entwaffnen über die Vorstellung, sie könne den Beschuss Israels mit Qassam-Raketen verhindern bis zu dem Konzept, die Truppe müsse die Verantwortung für die Verhinderung einer humanitären Katastrophe und den Wiederaufbau der sozialen und wirtschaftlichen Strukturen im Gazastreifen übernehmen. *Hamas* hat eine solche Truppe bislang strikt ablehnt - angesichts der Unklarheiten und Un-

wägbarkeiten der Lage sind allerdings auch kaum Länder bereit, Truppen zu stellen.

Inwieweit die **US-Regierung** in der verbleibenden Amtszeit von *George W. Bush* willens oder in der Lage ist, tatsächliche Bewegung in den israelisch-palästinensischen Konflikt zu bringen, ist trotz der angekündigten Nahostkonferenz ebenfalls fraglich. Dem **Nahost-Quartett** aus USA, EU, Russland und UN ist es seinerseits nicht gelungen, Initiativen zu entwickeln, durch die sich die Politik der USA hätte beeinflussen lassen.



Das Volk Israel lebt – im Film

Foto: Jörn Böhme

## 2. Innenpolitische Entwicklungen in Israel

### 2.1 Regierung und Parlament

Seit dem Sommer 2006 befindet sich die **israelische Regierung** in einer **Dauerkrise**. Die Zeiten waren turbulent und sind es noch. Der Libanon-Krieg, der israelisch-palästinensische Konflikt, polizeiliche Untersuchungen wegen Korruptionsvorwürfen gegen den Finanzminister und den Ministerpräsidenten, die Verurteilung des ehemaligen Justizministers wegen sexueller Belästigung einer 20-jährigen Soldatin, heftige Spannungen zwischen dem neuen Justizminister und dem Obersten Gerichtshof, Auseinandersetzungen über die Situation von Holocaustüberlebenden, Streiks, usw. bestimmen das Bild. Begleitet wurde die Berichterstattung mit anhaltenden Spekulationen über einen möglichen Rücktritt von *Ehud Olmert*, einem Koalitionsaustritt der Arbeitspartei und dem Zeitpunkt möglicher Neuwahlen. Allen Spekulationen zum Trotz ist bislang nichts davon geschehen. Die vernichtende Kritik an der Regierung im Zwischenbericht der *Winograd-Kommission* führte im Juni 2007 lediglich zu einer ebenfalls lange erwarteten **Kabinettsumbildung**. Dabei wurde der neue Vorsitzende der Arbeitspartei, *Ehud Barak*, der zurzeit nicht über ein Abgeordnetenmandat verfügt, zum Verteidigungsminister ernannt. Zum Vizeministerpräsidenten und Minister im Büro des Ministerpräsidenten wurde der frühere Justizminister *Haim Ramon* berufen.

Bereits im Oktober 2006 hatte *Olmert* seine Koalitionsmehrheit durch die **Aufnahme der rechtsnationalistischen Partei *Yisrael Beteinu*** gefestigt. Dies war in der Arbeitspartei eine umstrittene Entscheidung. Der Vorsitzende von *Yisrael Beteinu*, *Avigdor Lieberman* ist bekannt für die Position, in einem Gebietsaustausch israelische Ortschaften, in denen palästinensische Israelis leben, aus demographischen Gründen an die Palästinensische Autorität abtreten zu wollen. Öffentlich dachte er auch schon mal über eine Bombardierung Teherans oder des Assuan-Staudamms nach. Dass *Olmert* ihn zum Minister für Strategische Angelegenheiten mit besonderer Aufmerksamkeit für den Iran ernannte, rief bei vielen Beobachtern Kopfschütteln und teilweise Protest hervor. *Ophir Pines-Paz*, Minister für Kultur und Sport, trat aus Protest gegen die Aufnahme von *Yisrael Beteinu* in die Regierung zurück. Sein Rücktritt führte schließlich dazu, dass zum ersten Mal in der Geschichte Israels ein arabisch-palästinensischer Israeli zum Minister ernannt wurde: *Raleb Majadele* von der Arbeitspartei. Ein Journalist kommentierte das mit den Worten, dass ironischer- oder zynischerweise *Majadele* deswegen der erste arabische Minister in Israel geworden sei, weil *Pines-Paz* der einzige jüdische Minister der Regierung gewesen sei, der aus Protest gegen die Aufnahme einer Partei zurückgetreten sei, deren Plattform den Ausschluss von *Majadele* samt seinem Haus und seinen Habseligkeiten aus Israel fordere.

Trotz der Kabinettsumbildung blieb der große **Vertrauensverlust** der israelischen Bevölkerung gegenüber der Regierung und insbesondere gegenüber Ministerpräsident *Olmert* bestehen. Seine Umfragewerte haben einen historischen Tiefpunkt erreicht. Nur ein Friedensabkommen oder eine spektakuläre Geiselnbefreiungsaktion wie 1976 im ugandischen Entebbe könne *Olmert* noch retten, schrieb kürzlich eine israelische Tageszeitung.

Auch die **israelische Parteienentwicklung** ist wie üblich von zahlreichen Spekulationen und Prognosen, aber auch von realen Veränderungen begleitet. Die sichtbarsten Veränderungen fanden in der **Arbeitspartei** statt. Der aus Marokko stammende ehemalige Bürgermeister der südisraelischen Kleinstadt Sderot und spätere *Peace Now* Aktivist sowie Gewerkschaftsvorsitzende *Amir Peretz* war im November 2005 überraschend zum Vorsitzenden gewählt worden. Nicht wenige Abgeordnete und Parteimitglieder traten zu der von *Ariel Scharon* gegründeten Partei *Kadima* über. In der Arbeitspartei jedoch wurden große programmatische Hoffnungen auf *Amir Peretz* gesetzt. Man erhoffte sich durch ihn eine aktive Beschäftigung mit den sozialpolitischen Problemen des Landes und neue Impulse für den israelisch-palästinensischen Konflikt. Eineinhalb Jahre nach seiner Wahl zum Parteivorsitzenden und ein Jahr nach seiner Ernennung als Verteidigungsminister war nichts davon geblieben.

In den parteiinternen Wahlen zum neuen Vorsitzenden (Primaries) kam *Peretz* nur auf Platz drei hinter dem früheren Ministerpräsidenten *Barak* und dem ehemaligen Chef des Inlandsgeheimdienstes *Ami Ayalon*. Doch seine Zeit war schon früher abgelaufen. Bei der *Herzliya-Konferenz* im Januar 2007 hingen über den Rednern für das Publikum sichtbare Monitore, auf denen die Zeit, die den jeweiligen Rednern zur Verfügung stand rückwärts gezählt wurde. Wenige Sekunden vor dem Ende der Redezeit wurde der Schriftzug „Ihre Zeit ist vorbei!“ eingeblendet. Dutzende von Fotografen drängelten sich während der Rede von *Amir Peretz* vor dem Podium, um ein Bild

von ihm zusammen mit diesem Schriftzug auf dem Monitor zu ergattern.

Von Anfang an waren bei den Wahlen um den Vorsitz der Arbeitspartei **Ehud Barak** und **Ami Ayalon** die aussichtsreichen Kandidaten. Beide haben ihr Berufsleben an herausragenden Stellen im israelischen Sicherheitsapparat verbracht und glauben mit diesem Hintergrund über genaue Kenntnisse und Einschätzungen über die Interessenslage des Staates Israel zu verfügen. Dass sie parteipolitisch innerhalb der Arbeitspartei aktiv sind, war keineswegs zwangsläufig. *Ehud Barak* spielte vor seinem Eintritt in die Politik mit dem Gedanken, der damaligen *Likud-Partei* beizutreten und auch *Ami Ayalon* weigerte sich lange Zeit, überhaupt parteipolitisch aktiv zu werden. *Ehud Barak* galt in seiner Zeit als Ministerpräsident als arrogant, sprunghaft, einzelgängerisch und unkooperativ. Er hatte inzwischen ein Vermögen in der Privatwirtschaft gemacht und einige Zeit in Indien verbracht. In Interviews hielt er sich mit programmatischen Statements sehr zurück. Er betonte, er habe sich seit seiner Zeit als Ministerpräsident geändert und er sei der richtige Mann, um Israel auf die Herausforderung eines möglichen neuen Krieges vorzubereiten.

*Ami Ayalon* hatte im Sommer 2002 zusammen mit dem Präsidenten der palästinensischen *Al-Quds* Universität in Jerusalem die nach ihnen benannte *Ayalon-Nusseibeh Initiative* lanciert, die eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes ähnlich wie die Genfer-Initiative, aber wesentlich kürzer und allgemeiner formuliert, präsentierte. *Ehud Barak* gewann im zweiten Wahlgang mit eindeutiger Mehrheit.

Die von *Scharon* im November 2005 nach seinem Austritt aus dem *Likud* gegründete Partei **Kadima** leidet unter dem Vertrauensverlust des Ministerpräsidenten. Zudem ist ihr ein zentraler programmatischer Programmpunkt abhanden gekommen: der weitere (einseitige) Rückzug Israels aus dem Westjordanland. Deshalb wird viel über die Zukunft dieser Partei und über eine künftige Parteiführung spekuliert. *Ehud Olmert* werden keine Chancen auf eine Wiederwahl eingeräumt. Größerer Chancen werden der in der Bevölkerung beliebten Außenministerin *Livni* gegeben.

Von der Krise der Regierung konnte zumindest in den Umfragen am deutlichsten die Oppositionspartei **Likud** und ihr Vorsitzender *Benjamin Netanyahu* profitieren. *Netanyahu*, der 1999 mit Schimpf und Schande von den Wählerinnen und Wählern aus dem Amt des Ministerpräsidenten gejagt worden war und 2006 nach einem schlechten Abschneiden bei den Parlamentswahlen in die Opposition gehen musste, erzielt derzeit die höchsten Bewertungen bei der Frage, wer am geeignetsten für das Amt des israelischen Ministerpräsidenten sei.

Die den deutschen Grünen am stärksten verbundene linksliberale Partei *Meretz* hat in Umfragen leicht zulegen können. Ob und wie weit *Meretz* jedoch gestärkt in den nächsten Wahlkampf gehen kann, hängt nicht zuletzt von der weiteren innerparteilichen Entwicklung und dem Ausgang der Auseinandersetzung um den Vorsitz der Partei ab. Spätestens im März 2008 wird der Vorsitz neu gewählt: Neben dem derzeitigen Vorsitzenden *Yossi Beilin* kandidieren auch die Fraktionsvorsitzende *Zehava Gal'on* und *Ran Cohen*. Damit konkur-

rieren voraussichtlich drei der fünf Abgeordneten von Meretz um den Vorsitz.

Prognosen über mögliche politische Konstellationen nach der nächsten Wahl werden ebenso diskutiert, wie die Möglichkeit von vorgezogenen Wahlen. Umfragen zeigen: ein getrennter Wahlkampf beider Parteien – Kadima unter Vorsitz von Tzipi Livni, die Arbeitspartei unter Barak – würde beiden 10 Sitze mehr beschere, als wenn sie zusammen antreten würden. Nur in einer solchen Konstellation besteht wenigstens theoretisch die Möglichkeit, eine rechte Regierungsmehrheit zu verhindern. Nach den derzeitigen Umfragen käme dann der Block aus *Arbeitspartei, Kadima, Meretz, der Partei der Pensionäre* und den arabischen Parteien auf 61 von 120 Sitzen. Allerdings weiß heute niemand, wie die *Partei der Pensionäre* in den nächsten Wahlen abschneiden wird und bislang hat sich noch jede Regierungskoalition in Israel geweigert, arabische Parteien in ihre Reihen aufzunehmen.



Foto: Jörn Böhme

## 2.2 Wirtschaftliche und soziale Entwicklung

Auf den ersten Blick scheint die **wirtschaftliche Entwicklung Israels** ein Phänomen zu sein. Die Wirtschaft Israels wächst in enormen Raten. Nach zwei Jahren des Negativwachstums wuchs die israelische Wirtschaft zwischen 2004 und 2007 durchschnittlich um 4,5% pro Jahr. 2006 lag das Wirtschaftswachstum bei 5,1%. Weder der unregelmäßige und immer wieder eskalierende israelisch-palästinensische Konflikt, noch der Libanon-Krieg von 2006, noch die ständigen Spekulationen darüber, ob, wann und mit wem es einen erneuten Krieg geben könnte, haben daran etwas geändert.

Auf den zweiten Blick stellt sich die Situation allerdings ernüchternder dar. Das Wachstum wird vor allem in den Bereichen High Tech, Finanzen und finanzielle Dienstleistungen erzielt. Das findet geografisch vor allem zwischen Tel Aviv und Herzliya statt. Somit profitieren vom Wirtschaftswachstum nur ein Teil von Gesellschaft und

Wirtschaft. Abgesehen von den großen wirtschafts- und sozialpolitischen Unterschieden zwischen Großstädten, z.B. Tel Aviv und Jerusalem, gibt es ein Stadt-Land-Gefälle. In den Peripherien gibt es Armutsgebiete, die von den Entwicklungen in den urbanen Zentren des Landes abgehängt sind. 50% der israelischen Arbeitnehmer verdienen weniger als den Mindestlohn und das sind vor allem Neueinwanderer, Frauen, Araber und ausländische Arbeitnehmer. Die *Heinrich-Böll-Stiftung* arbeitet seit Beginn ihres Engagements in Israel mit einer Organisation zusammen, die für die Rechte dieser Arbeitnehmer eintritt. Parallel zum Wirtschaftswachstum existiert eine enorme soziale Polarisierung in Israel. Nirgendwo in der westlichen Welt mit Ausnahme der USA ist die Kluft zwischen Arm und Reich so tief wie in Israel. Die Mittelschicht Israels wird im Vergleich zu anderen westlichen Staaten immer kleiner.

Die Lage der sozial Schwachen wurde im Sommer 2006 während des Libanon-Krieges im Norden Israels deutlich. In diesem Zusammenhang ist das Agieren des **aus Russland stammenden Milliardärs Arcadi Gaydamek** ein ständiges Thema in der israelischen Öffentlichkeit. *Gaydamek* machte sein Vermögen auf bislang nicht transparente Weise vor allem mit Waffen- und Diamantengeschäften in Afrika. In Israel macht er mit dem Aufkauf eines bekannten Fußballclubs in Jerusalem ebenso Furore wie durch seine spektakulären „Hilfsaktionen“. Diese reichten vom Transport und Unterbringung von Menschen aus dem Norden Israels im Süden des Landes während des Libanon-Krieges bis zur zeitweiligen Errichtung einer Zeltstadt in einem Park von Tel Aviv für die von den Qassam-Raketen betroffenen Bewohner. In diesem Jahr hat *Gaydamek*, der zwar zahlreiche Sprachen, aber kein Hebräisch spricht, und der politisch dem Likud-Vorsitzenden *Netanyahu* nahe steht, eine eigene Partei gegründet. Sein Ziel: in den Kommunalwahlen im November 2008 Bürgermeister von Jerusalem zu werden.



Das Volk Israel lebt – Das Volk Israel ist eine Schnecke  
Foto: Maud Meinel

Ein weiterer Bereich, der die zum Teil dramatischen sozialen Probleme Israels offensichtlich macht, ist die Lage von bedürftigen **Überlebenden der Shoah**. In unregelmäßigen Abständen war deren Situation Gegenstand öffentlicher Berichterstattung. Im Sommer 2007 eskalierte die Lage, nachdem Ministerpräsident *Olmert* einen Regierungsbeschluss in der Öffentlichkeit als eine Bereinigung einer jahrelang andauernden inakzeptablen Situation darstellte, in der sich die bedürftigen Überlebenden befunden hätten. Bei genauerer Hinsicht stellte sich jedoch heraus, dass die Regierung zum einen die Definition eines Holocaust-Überlebenden aus politischem Kalkül sehr weit ausgedehnt hatte. Zum anderen hatte die Regierung den Budgetvorschlag einer mit dem Thema befassten Kommission reduziert. Übrig blieb ein lächerlicher Betrag. Es kam zu Demonstrationen einiger Organisationen von Überlebenden und danach zu Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten, der Abhilfe versprach.



Einer der wenigen Fahrradwege in Tel Aviv

Foto: Jörn Böhme

### 2.3 Umwelt

In den Bereichen **Umweltschutz, Umweltgerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung** fällt die Bilanz der Entwicklung in Israel ernüchternd aus. Nach Einschätzungen israelischer Umweltschutzorganisationen hinkt Israel den Entwicklungen in westlichen Staaten trotz zum Teil guter gesetzlicher Grundlagen etwa 15 Jahre hinterher. Das Problem besteht hier wie in anderen Bereichen unter anderem in der unzureichenden Um- und Durchsetzung von bestehenden Gesetzen. Immerhin hat die internationale Diskussion um Klimawandel und Energieproduktion und -verbrauch zu einer **verstärkten Präsenz dieser Themen in der israelischen Öffentlichkeit** geführt. Das bedeutet bislang in erster Linie Negativschlagzeilen. Regelmäßig werden an der Mittelmeerküste Strände gesperrt, weil ungeklärtes Abwasser wegen Problemen bei Leitungen oder in Kläranlagen ins Meer geleitet wird. Untersuchungen nach dem zweiten Libanon-Krieg ergaben, dass viele Gefahrgüter nicht gegen militärische Angriffe abgesichert sind. Angesichts einer möglichen Aufnahme

von Israel in die *Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)* wurde bekannt, dass Israel in Umweltfragen weit von den meisten dort geltenden Kriterien entfernt ist. Doch es gibt auch Positives zu vermelden. Im Februar 2007 lobte *Greenpeace* das israelische Infrastrukturministerium für seine Entscheidung, endlich das erste Solarkraftwerk öffentlich auszuschreiben. Gerade im Bereich der **Solarenergie** ist die Lage in Israel absurd. Israel steht zwar weltweit an zweiter Stelle pro Kopf, was den Gebrauch von Solarheizungen angeht. Deren Einbau ist seit 1980 verbindlich vorgeschrieben und dadurch werden 3% des Primärenergieverbrauchs in Israel abgedeckt. Elektrizität wird jedoch bisher nur in minimalem Umfang aus Sonnenenergie gewonnen, obgleich es verschiedene in Israel entwickelte Technologien dafür gibt, die bisher aber vor allem in anderen Staaten zur Anwendung kommen. Von einer konsistenten Nachhaltigkeitspolitik ist man jedoch weit entfernt, wie die Ankündigung von Bauplänen für ein Atomkraftwerk in der Negev-Wüste zeigen.

Neben Einzelerfolgen einer kontinuierlichen und professionellen Arbeit konnten Umweltorganisationen auch im Berichtszeitraum einen spektakulären Erfolg erzielen. Ihr Engagement trug wesentlich zur Verhinderung des so genannten *Safdie-Plans* bei. Dieser hatte die Bebauung großer Grünflächen westlich von Jerusalem vorgesehen.

Eine Umfrage der Dachorganisation der Umweltgruppen *Life & Environment* im Zusammenhang mit den Parlamentswahlen im Jahr 2006 hatte ergeben, dass im Gegensatz zu der geringen Rolle, die **Umweltthemen im Wahlkampf** spielten, innerhalb der Bevölkerung durchaus ein Interesse an den Positionen der Parteien zu Umweltthemen vorhanden ist. Zahlreiche Umweltorganisationen versuchen jetzt – mit Unterstützung der *Heinrich-Böll-Stiftung* – an diesem Ergebnis anzuknüpfen und Umweltthemen zu einem wichtigen Bestandteil der Diskussionen im Vorfeld der **Kommunalwahlen** zu machen. Diese werden am 14. November 2008 stattfinden. Die Organisationen hoffen auch, durch das Aufgreifen von Umweltthemen die Beteiligung an den Kommunalwahlen zu erhöhen.

### 2.4 Genderfragen

Auch hinsichtlich der Rolle, die **Frauen in der israelischen Gesellschaft** spielen, war das vergangene Jahr von heftigen Diskussionen geprägt. Im Zusammenhang mit den Skandalen um den früheren Justizminister *Ramon* und den Vergewaltigungsvorfällen gegen Staatspräsident *Katzav* wurde die Frage männlicher Übergriffe auf Frauen, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und was dem entgegengesetzt werden kann und muss in einer breiten Öffentlichkeit diskutiert. *Ramon* war von einem Gericht wegen sexueller Belästigung verurteilt worden, weil er im Juli 2006 einer 20-jährigen Soldatin einen Zungenkuss aufgezwungen hatte. Ein weiteres Gericht hielt zwar diese Verurteilung aufrecht, entlastete *Ramon* aber von dem Vorwurf der moralischen Schande. Dies ebnete ihm als engem Vertrauten von Ministerpräsident *Olmert* den Weg zur Rückkehr ins Kabinett.

Wesentlich gravierender sind die Vorwürfe gegen **Staatspräsident Moshe Katzav**. Bis zu 10 Frauen soll er während seiner Zeit als Tourismusminister und als Staatspräsident sexuell belästigt und zum Teil

vergewaltigt haben. Katzav bestritt alle Vorwürfe und trat nicht zurück. Er ließ aber seine präsidentialen Pflichten seit Ende Januar ruhen. Sie wurden von Parlamentspräsidentin *Dalia Itzik* übernommen. Ende Juni wurde bekannt, dass die Anwälte von *Katzav* ein Abkommen mit dem Generalstaatsanwalt erzielt hatten. Danach würde dieser mehrere Fälle von sexueller Belästigung zugeben, eine Verurteilung zur Bewährung erhalten und zweien der Opfer Entschädigung bezahlen. Dafür würde die Anklage wegen Vergewaltigung fallen gelassen. Die Empörung in der israelischen Öffentlichkeit war erheblich. Dass nicht nur Organisationen, die sich für die Rechte von Frauen einsetzen und Feministinnen diese Vorgehensweise als skandalös empfanden, zeigten Umfragen und eine Großdemonstration. In Umfragen sprachen sich 70% der Befragten gegen die Vereinbarung aus. Für den 30. Juni hatten Frauenorganisationen zu einer **Demonstration auf dem Rabin-Platz in Tel Aviv** aufgerufen. Entgegen vieler Befürchtungen kamen zu dieser Demonstration über 20.000 Menschen. Inzwischen liegen eine Reihe von Klagen gegen das Abkommen zwischen dem Generalstaatsanwalt und den Anwälten *Katzavs* beim Obersten Gerichtshof.

Hinsichtlich des bisherigen Ergebnisses des *Katzav*-Skandals sind die Meinungen geteilt. Für manche, darunter eine der betroffenen Frauen, zeigt der Verlauf der Angelegenheit, dass Frauen weiterhin keine Chance haben, in derartigen Fällen ein faires Verfahren zu bekommen, sondern sich vielmehr einem Prozess fortgesetzter Demütigungen ausgesetzt sehen. Zahlreiche Kommentatoren und Kommentatorinnen verweisen jedoch darauf, dass derartige Verhaltensweisen von Männern in öffentlichen Ämtern früher wenig oder keine Chancen gehabt hätten, an der Öffentlichkeit zu gelangen, oder dort skandalisiert zu werden. Insofern sei trotz der unbefriedigenden Ergebnisse dieser Fälle eine Grundlage entstanden, auf der es sich lohne, weiter zu handeln und in die Öffentlichkeit zu gehen.



Demonstration am 30.6.2007 in Tel Aviv. Die Aufschrift lautet: „Ist das eine Maus?“ Angesprochen wird der Generalstaatsanwalt wegen seines Abkommens mit *Katzavs* Anwälten.

Foto: Jörn Böhme

Eine Koalition von Frauenorganisationen, die dabei von der *Heinrich-Böll-Stiftung* unterstützt wurden, nahmen die Entwicklungen um den Staatspräsidenten zum Anlass, eine **Kampagne** mit dem Ziel zu starten, erstmals in der israelischen Geschichte einer Frau die Wahl zur Staatspräsidentin zu ermöglichen. Insgesamt sechs Frauen aus Politik, Gesellschaft und Wissenschaft wurden dafür ins Gespräch gebracht. Schließlich kandidierte als einzige Frau *Colette Avital*, Abgeordnete der Arbeitspartei und Vorsitzende der israelisch-deutschen Parlamentariergruppe der Knesset. Erwartungsgemäß hatte sie diesmal keine Chance. Im Juni 2007 wurde *Shimon Peres* vom israelischen Parlament zum Nachfolger von *Katzav* gewählt. Doch das Thema einer **Frau als Staatspräsidentin** wurde erfolgreich auf die politische Tagesordnung gesetzt. Zudem ist nicht klar, ob *Peres*, der im Alter von fast 84 Jahren zum Staatspräsident gewählt wurde, gesundheitlich in der Lage sein wird, die Amtszeit von 7 Jahren vollständig zu erfüllen.

Am dem Tag, an dem an der israelisch-libanesischen Grenze die beiden israelischen Soldaten entführt wurden, stellte die Frauenorganisation *Isha L'Isha* ein Buch mit Frauen vor, die qualifiziert wären, an Verhandlungen über den israelisch-palästinensischen Konflikt teilzunehmen. Damit sollte die vom israelischen Parlament als Gesetz verabschiedete Fassung der **Resolution 1325 des UN-Sicherheitsrates** unterstützt werden. Diese fordert die stärkere Beteiligung von Frauen an Verhandlungen in Konfliktsituationen. Nach dem Libanon-Krieg kamen dann eine Reihe von Frauen, vor allem solche mit palästinensischem Hintergrund zu dem Ergebnis, dass diese politische Ebene für sie einstweilen keine Perspektive mehr darstellt. Andere Gruppen dagegen, die ebenfalls von der *Heinrich-Böll-Stiftung* unterstützt werden, setzen ihre Beobachtungsarbeit darüber fort, wie das Gesetz umgesetzt wird.

Die Auseinandersetzungen um die diesjährige **Gay Pride Parade in Jerusalem** verliefen weniger gewalttätig als im vergangenen Jahr. Das hing vor allem damit zusammen, dass die meisten ultraorthodoxen Gruppen es diesmal vorzogen, nicht öffentlich zu protestieren. Die Erfahrungen der vergangenen Jahre hatten gezeigt, dass dadurch in der Gemeinschaft das Interesse von jungen Männern an einem Thema erst geweckt wird, das einem strikten Tabu unterliegt. Übrig blieb in diesem Jahr der lautstarke Protest einer kleinen antizionistischen ultraorthodoxen Gruppe. Die Parole der Teilnehmer am Ende der Parade lautete: „Shana haba be Yerushalaim!“ – „Nächstes Jahr in Jerusalem!“

## 2.5 Selbstverständnisfragen

Die Entwicklung Israels wird seit seiner Gründung von einer latenten **Diskussion um Charakter und Selbstverständnis des Staates** begleitet. Ist oder soll Israel der Staat seiner Einwohner oder ein jüdischer Staat sein? Ist Israel eine Demokratie mit Fehlern, eine ethnische Demokratie oder eine Ethnokratie? Ist das Konzept des jüdisch-demokratischen Staates in sich stimmig und machbar, oder bedeutet es, dass es Demokratie nur oder vorrangig für die jüdischen Bewohner Israels gibt? Ist Israel eine multikulturelle Gesellschaft und welchen Anspruch auf Gleichberechtigung können oder sollten die verschiedenen Kulturen beanspruchen?

Nicht zuletzt auch im Zusammenhang mit der Frage nach dem Umgang mit **Flüchtlingen aus dem Sudan**, die über Ägypten nach Israel gekommen waren sowie über den Umgang von **in Israel geborenen Kindern von Gastarbeitern** wurden solche Fragen kontrovers diskutiert.

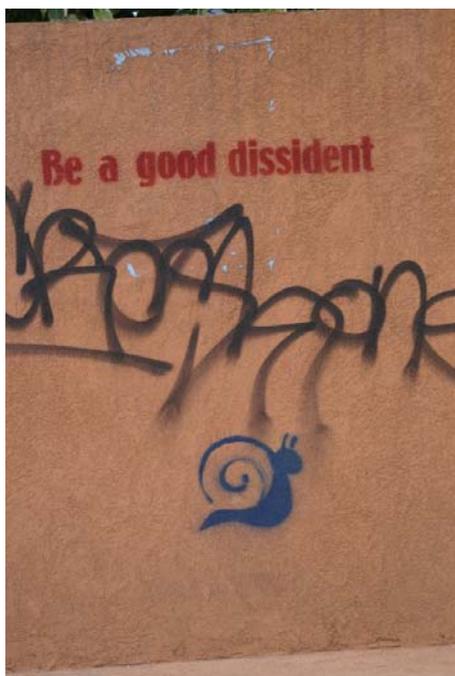


Foto: Maud Meinel

Diese Themen und Diskussionen werden zwar auch innerjüdisch geführt, so zum Beispiel bei der Frage nach dem **Verhältnis von aschkenasischen Juden und Misrachim**, also um das Verhältnis von Juden, deren familiärer Hintergrund in Europa oder westlichen Staaten liegt und Juden, deren familiärer Hintergrund in afrikanischen, nah- und mittelöstlichen oder asiatischen Staaten liegt. Dieser immer noch latente Konflikt schien etwa in der Rede des ehemaligen Staatspräsidenten *Katzav* im Januar 2007 auf. Dort griff er frontal die Medien an und warf ihnen eine Hexenjagd vor. Zudem legte er nahe, die Vorwürfe gegen ihn seien teilweise rassistisch motiviert, weil ein Teil der israelischen Gesellschaft nie habe akzeptieren können, dass mit ihm ein im Iran geborener Jude, der in einfachsten Verhältnissen groß geworden sei, zum Staatspräsident aufgestiegen ist. Vor allem aber betrifft diese Diskussion das **Verhältnis von jüdischer Mehrheit und arabisch-palästinensischer Minderheit** im Staat Israel.

Neue Nahrung erhielt diese Diskussion vor allem im vergangenen Jahr durch die Veröffentlichung einer Reihe von Grundsatzpapieren durch Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Belange der palästinensischen Israelis einsetzen bzw. durch das „High Follow-up Committee for Arab Citizens of Israel“, in dem alle politischen Vertreter der arabischen Bevölkerung Israels zusammengeschlossen sind. Dort wurde *Die künftige Vision der palästinensischen Araber in Israel* dargelegt. In dem Dokument werden nicht nur Gleichbe-

handlungen bei staatlicher Unterstützung und die Gründung einer arabischen Universität gefordert, sondern darüber hinaus gleiche nationale Rechte wie die der jüdischen Mehrheit mit Vetorecht in Schlüsselfragen. Viele der an der Erstellung dieses Papiers beteiligten palästinensischen Intellektuellen betonten, dies sei ein Angebot zum Dialog mit der jüdischen Mehrheitsgesellschaft. In dieser Mehrheitsgesellschaft war jedoch nur eine Minderheit bereit, den Dialog auf der vorgelegten Grundlage auszunehmen. Gerade viele liberale Israelis reagierten gereizt auf die historische Analyse, weil sie darin das zionistische Projekt auf ein kolonialistisches Projekt reduziert und damit seine Legitimität grundsätzlich infrage gestellt sehen. Israelis, die in dem vorgelegten Papier das Dialogangebot erkennen konnten oder wollten, betonten, wie bemerkenswert kritisch das Papier Entwicklungen innerhalb der palästinensischen Bevölkerung Israels aufgreife und analysiere.

Dass es dennoch möglich ist, eine Auseinandersetzung zwischen zum Teil sehr gegensätzlichen politischen Konzepten und Positionen zu organisieren, zeigte eine von der *Heinrich-Böll-Stiftung* unterstützte Konferenz der Organisation *Mossawa*, die sich für die Belange der palästinensischen Bevölkerung Israels einsetzt. Thema der Konferenz war die Frage, wie die Rechte der palästinensischen Minderheit in Israel in einer möglichen **künftigen Verfassung** verankert werden sollen. An der öffentlichen Veranstaltung nahmen auch der derzeitige Vorsitzende des Knesset Ausschusses für Verfassung, Gesetz und Justiz, *Prof. Menachem Ben Sason (Kadima)*, sowie der vorherige Vorsitzende *Michael Eitan (Likud)* teil.

Das **Verhältnis zwischen der jüdischen und der palästinensischen Bevölkerung Israels** ist weiterhin gespannt. Neben den aktuellen Problemen von Diskriminierung, rassistischen Einstellungen bis hin zu gewaltsamen Auseinandersetzungen, wird von Beobachtern immer wieder vor dem Konfliktpotential gewarnt, dass hier für die israelische Gesellschaft verborgen liegt. Auch durch die Zerstörung von zahlreichen Häusern von **Beduinen** in nicht anerkannten Ortschaften im Süden Israels wurde dazu beigetragen. Ein erhebliches Problem mit Häusern, die ohne Baugenehmigung gebaut wurden und nun vom Abriss bedroht sind, gibt es auch im zu Tel Aviv gehörenden Stadtteil **Jaffa**.

Wie schon zu früheren Gelegenheiten erregte der arabisch-palästinensische Knesset-Abgeordnete **Azmi Bishara** die Gemüter. Ihm wurden im Zusammenhang mit dem Libanon-Krieg Zusammenarbeit mit dem Feind vorgeworfen sowie Geldwäsche. Er kehrte daraufhin von einer Auslandsreise in arabische Staaten nicht wieder nach Israel zurück und legte sein Abgeordnetenmandat nieder.

Neben der Diskussion um grundsätzliche Fragen kommt es vor allem darauf an, die bestehenden Diskriminierungen abzubauen und ihnen nicht neue hinzuzufügen. Mit Organisationen, die mit dieser Zielrichtung an den vorhandenen Problemen arbeiten, arbeitet die *Heinrich-Böll-Stiftung* seit vielen Jahren zusammen.



Foto: Maud Meinel

Zu den Selbstverständnisdiskussionen, die das vergangene Jahr geprägt haben, gehört auch die **Frage des Regierungssystems** sowie das **Verhältnis von Legislative und Judikative**. Nach dem notwendigen Rücktritt von Justizminister *Haim Ramon* ernannte Ministerpräsident *Olmert* den Rechtsprofessor der Tel Aviver Universität, *Daniel Friedmann*, zum neuen Justizminister. In der Öffentlichkeit wurde die Ernennung *Friedmans* vielfach als ein Racheakt von Ministerpräsident *Olmert* am israelischen Justizsystem gesehen, das seinen Freund *Ramon* wegen sexueller Belästigung vor Gericht gebracht, verurteilt und ihn damit mindestens zeitweise politisch aus dem Verkehr gezogen hatte.

*Daniel Friedmann* hatte als Professor seinen Unmut über die seiner Meinung nach zu große Macht der Gerichte, vor allem des Obersten Gerichtshofes in verschiedenen Artikeln geäußert. Dabei hatte er besonders aus seiner Missachtung für die im September 2006 zur neuen Vorsitzenden des Obersten Gerichtes ernannte Richterin *Dorit Beinisch* keinen Hehl gemacht. In seinem Amt begann er, seine Ansichten in Reformen umzusetzen. Diese wurden innerhalb wie außerhalb der Regierung als Demokratie gefährdend kritisiert. Der Streit um das Vorgehen von *Friedman* erreichte im Sommer 2007 einen Höhepunkt, als in einem offenen Brief 15 Juristen, die an verschiedenen Universitäten des Landes unterrichten, den Justizminister aufforderten, entweder sein Vorgehen zu verändern, oder zurückzutreten. Die polemische und übereilte Art, in der er seine Reformvorschläge einbringe, ermögliche keine ernsthafte öffentliche Debatte darüber.

Eine potentielle Gefährdung der Demokratie in Israel sehen diejenigen, die die **Vorschläge für eine Umgestaltung des israelischen Regierungssystems hin zu einer Präsidialdemokratie** nach US-amerikanischem Muster ablehnen. Solche Reformvorschläge werden meistens mit dem Hinweis auf die zahllosen Regierungs- bzw. Ministerwechsel in Israel begründet. Auf einer solchen Grundlage seien die enormen inneren und äußeren Probleme des Staates Israel nicht

erfolgreich in den Griff zu bekommen. Diese Diskussion wird u.a. in einer vom Staatspräsidenten eingesetzten Kommission geführt. Die Kritiker derartiger Vorschläge rechnen vor, dass die verschiedenen israelischen Regierungen der vergangenen Jahrzehnte keineswegs so handlungsunfähig waren, wie es die Befürworter eines Präsidialsystems behaupten. Außerdem seien die USA und Israel schon aufgrund der umgekehrt proportionalen Größe des Landes nicht miteinander vergleichbar. Manche vertreten auch die These, es sei keineswegs ein Zufall, dass jemand wie der Vorsitzende der rechtnationalistischen Partei *Yisrael Beteinu*, *Lieberman*, sich vehement für ein Präsidialsystem einsetze, dem von seinen Kritikern ein gebrochenes Verhältnis zu demokratischen Spielregeln attestiert wird.

**Jahrestage** führen zwar auch in den israelischen Medien zu einer gehäuften Berichterstattung über das damit verbundene Thema. Dennoch ist wegen der Fülle der aktuellen Ereignisse die damit verbundene öffentliche Debatte durchaus begrenzt. So war es etwa mit dem **Jahrestag des Krieges von 1967**. Eine internationale Konferenz, die die *Heinrich-Böll-Stiftung* zusammen mit dem *Zentrum für Europäische Studien am Interdisciplinary Center Herzliya* zu diesem Thema bereits Ende März 2007 veranstaltete, bildete quasi den Auftakt für die Erinnerung und Reflexion dieses Krieges, dem die nun bereits ebenfalls 40 Jahre andauernde Besetzung des Westjordanlands folgte. Zwar gab es zum Jahrestag zahlreiche Artikel und Interviews. Die Debatte darüber, dass etwa 25% eines Jahrgangs nicht mehr in der israelischen Armee dienen und dass nach Umfragen ein Drittel der Israelis und die Hälfte der Likud-Wähler die Weigerung von Soldaten unterstützen, Siedler aus Häusern in Hebron zu evakuieren, findet aber weitgehend ohne Bezug auf 1967 statt.

Zu einer Demonstration gegen die israelische Besetzung rief zum 40. Jahrestag ein ungewöhnlich breites Bündnis von Friedensgruppen und -organisationen auf. Dennoch nahmen daran nur einige tausend Menschen teil. Der 25. Jahrestag des ersten Libanon-Krieges, der zu bislang nicht da gewesenen Zerwürfnissen innerhalb der israelischen Gesellschaft beigetragen hatte, wurde fast nicht thematisiert.

Zu den Selbstverständnisdiskussionen gehört auch die andauernde Diskussion um die **Erinnerungsarbeit**, vor allem, was die Auseinandersetzung mit und die Erinnerung an die Shoah betrifft. Immer wieder neu umstritten sind die Fahrten israelischer Schulklassen in die Gedenkstätten ehemaliger Vernichtungslager in Polen. Die *Heinrich-Böll-Stiftung* fördert künftig ein Pilotprojekt des *Van Leer Instituts* in Jerusalem, das sich mit der Frage beschäftigt, wie jüdische und arabisch-palästinensische Israelis sich gemeinsam mit der Shoah auseinandersetzen können.

Empörte Reaktionen in Israel gab und gibt es natürlich angesichts der **Boykottbeschlüsse** britischer Gewerkschaften und akademischer Institutionen. Der frühere *Meretz*-Vorsitzende *Yossi Sarid* hat dazu lapidar das Notwendige geschrieben. Angesichts der britischen Politik im Irak und in Afghanistan hätten die Boykotteure allen Grund, sich selbst zu boykottieren.

Eine faszinierende Debatte, an der mit *Ilan Pappé* ein israelischer Verfechter des akademischen Boykotts teilnahm, fand in Tel Aviv Anfang Mai 2007 statt. Pappé vertrat die Position, dass im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt die Zwei-

Staaten-Regelung abgelehnt werden müsse. Sie sei ungerecht und nicht durchsetzbar. Stattdessen müsse ein gemeinsamer Staat aufgebaut werden. Dem widersprach vehement der fast 84-jährige *Uri Avnery*, Mitglied der kleinen Friedensgruppe *Gush Shalom*, der in Deutschland nicht selten als Antizionist missverstanden wird. Er begründete, warum nur die Zwei-Staaten-Regelung die Aussicht auf eine Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts verspreche und warum es unrealistisch und kontraproduktiv sei, einen Boykott Israels zu fordern angesichts des Umstands, dass 99,99% der jüdischen Israelis in einem Staat Israel mit einer stabilen jüdischen Mehrheit leben wollen.

## 2.6 Deutsch-Israelische Beziehungen

Die deutsch-israelischen Beziehungen haben in der öffentlichen Debatte des vergangenen Jahres keine herausragende Rolle gespielt, was als **Stabilität der Beziehungen** interpretiert werden kann. Zahlen bestätigen das. Danach bezeichnen 80% der Israelis die Beziehungen zu Deutschland heute als „normal“. Eine Mehrheit sagt, sie habe ein positives Verhältnis zu Deutschland und keine Probleme damit, deutsche Produkte zu kaufen. 70.000 – 80.000 Israelis haben einen deutschen Pass und fast 140.000 reisten im Jahr 2006 nach Deutschland. Umgekehrt ist der Strom von Besuchern – sei es aus politischen, wissenschaftlichen oder touristischen Gründen – nach den Jahren der Selbstmordattentate und nach der Unterbrechung durch den zweiten Libanon-Krieg andauernd und ungebrochen. Die Frage einer Beteiligung Deutschlands an der *UNIFIL*-Truppe im Libanon hat in Israel nicht annähernd die Diskussion ausgelöst wie in Deutschland selbst. Je nach Interesse sind für Israelis Bundesligaergebnisse, deutsche Literatur, die in großer Anzahl ins Hebräische übersetzt wird, oder antisemitische Vorfälle von Bedeutung. Doch all dies erreicht längst nicht den Grad an Intensität und Aufregung, mit dem viele andere Themen in Israel in der öffentlichen Debatte aufgegriffen werden.

Die deutsche Diskussion über das so genannte **Manifest der 25**, der Diskussionsanstoß von 25 deutschen Akademikern zu den deutsch-israelischen Beziehungen und die darauf folgende Debatte in Deutschland wurde in Israel so gut wie gar nicht wahrgenommen. Die Stadt Berlin übt eine nach wie vor große Faszination vor allem auf jüngere Israelis aus. Das **Interesse an deutscher Literatur** ist stark, wie eine von der *Heinrich-Böll-Stiftung* zusammen mit dem *Goethe-Institut Tel Aviv* durchgeführte Veranstaltungsreihe mit zum Teil jungen israelischen und deutschen AutorInnen zeigte.



Wortspiel in der Levontin Str. in Tel Aviv: Dai La Kibbush = „Schluss mit der Besatzung“

Foto: Jörn Böhme

## Ausblick

Die israelische Öffentlichkeit sieht zurzeit **keine Ansatzpunkte** für eine aussichtsreiche politische Perspektive zur Regelung der zentralen Probleme zwischen Israel und seinen Nachbarn. Diese sind die Sicherheit Israels, die Staatlichkeit Palästinas, die Souveränität Libanons und die staatliche Integrität Syriens. Im Blick auf den israelisch-palästinensischen Konflikt tragen die Schwäche der Palästinensischen Autorität, die Spaltung in Westjordanland und Gazastreifen und der fortgesetzte Beschuss im Süden Israels zu dieser Einstellung bei. Auch der Glaube an die Erklärungen der eigenen Regierung fällt schwer. Obgleich sich diese Regierung im gesamten letzten Jahr nicht in der Lage zeigte, einen einzigen der **Siedlungs-Außenposten** – die nicht nur völkerrechtlich, sondern auch nach israelischem Gesetz illegal sind – zu räumen, stellt sie jetzt Überlegungen an, wonach der palästinensischen Seite nach einem Gebietaustausch faktisch ein Gebiet von 100% des Westjordanland gegeben werden könnte. Gleichzeitig wird nicht nur die Sperranlage und Mauer weiter gebaut, sondern auch östlich von Jerusalem eine Strasse, auf der Israelis und Palästinenser fahren dürfen: Die einen auf der einen Seite, die anderen auf der anderen, mit einer hohen Mauer dazwischen.

Ein israelischer Journalist bemerkte unlängst ironisch, auch wenn *Ehud Olmert* und *Machmoud Abbas* nach einem ihrer Treffen erklären würden, dass sie Zwillinge geboren hätten oder Jerusalem dem Papst übergeben würden, würde dies niemanden besonders kümmern..

Neben der großen Anzahl von unermüdlich in den verschiedensten Bereichen tätigen Nichtregierungsorganisationen vollziehen sich **Prozesse von Resignation, Entpolitisierung und Individualisierung**, von denen noch nicht ausgemacht ist, wie gefährlich sie potentiell für die demokratische Struktur des Landes sind. Im politisierten Teil der Gesellschaft wird dagegen – so etwa von der *Association For Civil Rights in Israel* aus Anlass ihres 35-jährigen Bestehens – die Frage gestellt, ob sich ein Staat und eine Gesellschaft als demokratisch bezeichnen können, wenn sie seit 40 Jahren eine andere Bevölkerung unter militärischer Besatzung halten. Das Vertrauen der Bevölkerungen in die staatlichen Institutionen ist gesunken und teilweise gebrochen. Sogar die Armee ist nach dem Libanon-Krieg davon nicht unberührt geblieben, obgleich sie vergleichsweise noch das meiste Vertrauen genießt. Der Rückzug aus dem Gazastreifen mag für die **Siedlungsbewegung** ein schwerer Schlag gewesen sein. Doch wenn man sieht, wie trotz einer mediengerecht in Szene gesetzten Räumung hier und da die staatlichen Organe gewalttätigen jüdischen Sekten etwa in Hebron ihr Treiben erst und dauerhaft ermöglichen, wird man kaum sagen können, dass die Siedler keinen Einfluss und keine Bewegungsfreiheit haben.

Der **Staat Israel** wird 2008 **60 Jahre** alt. Er wird dann bereits 40 Jahre seiner Existenz in erheblichem Maße sowohl materiell als auch ideell durch die Besatzungspolitik mit all ihren Folgen beeinträchtigt worden sein. Immer wieder ist das Argument zu hören, die **Umriss einer Regelung des israelisch-palästinensischen Konfliktes** seien klar. Diese Regelung werde sich irgendwo zwischen den *Clinton-Parametern* vom Dezember 2000, dem in den Verhandlungen von *Taba* im Januar 2001 erreichten Zwischenstand und den aus der Zivilgesellschaft vorgelegten *Ayalon-Nusseibe-Initiative* und der *Genfer-Initiative* liegen. Diejenigen politischen Kräfte, die nicht bereit sind, die Besatzung aufzugeben, betonen dagegen, der Konflikt sei durch territoriale Zugeständnisse nicht zu regeln, sondern werde dadurch nur noch angestachelt. Der Kern des Konfliktes sei nämlich die auf islamischer, arabischer und palästinensischer Seite **fest verankerte ideologische Weigerung den Staat Israel anzuerkennen**.

Wie so vieles, so scheinen auch die allgemeinen Aussichten in Israel ambivalent zu sein. Glaubt man einer in der Tageszeitung *Yedioth Ahronot* Mitte 2007 veröffentlichten Umfrage, so sind 83% der erwachsenen israelischen Bevölkerung mit ihrem Leben zufrieden. Auf der anderen Seite sind im Jahr 2006 zum ersten Mal seit 20 Jahren wieder mehr Juden aus- als eingewandert. Fast die Hälfte der Israelis hätte es vorgezogen in einem anderen Land geboren worden zu sein.

Private Gespräche in Israel drehen sich heute zuweilen durchaus um die Frage, ob der Staat Israel in mehreren Jahrzehnten noch bestehen wird. Solche Gespräche wären vor 20 Jahren undenkbar gewesen.



Auf einem neuen Teil der Mauer in Ost-Jerusalem steht der Satz: „Available soon on Ebay“  
Foto: Jörn Böhme